

gebiet beheimateten nicht stattgefunden. Frankreich hat 340 000, England 195 000 und Amerika 50 000 deutsche Kriegsgefangene. In Sibirien sind 20 000 Kriegs- und 30 000 Zivilgefangene. Die schärfste Behandlung ist den deutschen Kriegsgefangenen von den Franzosen zuteil geworden, im übrigen sind die Klagen gering. Durch private Opferwilligkeit sind bisher 10 Mill. M. Spenden eingekommen. 150 Millionen eine Beihilfe von 300 M. bekommen, ausgenommen die Ueberläufer. Diese Beihilfe kam in besonders gerateten Fällen bis auf 600 M. erhöht werden, wenn die Geweinde 150 M. zuzuführen. Bei der Entlassung soll ferner jeder Gefangene eine Abfindungssumme von 50 M. und die Gehilfen für acht Wochen erhalten.

Die Entschädigung über den Kaiserprozess.

Paris, 17. Juli. Aus Paris wird gemeldet: Es verläutet, daß die Entschädigung über den Kaiserprozess sofort fallen wird. Die Kommission für die Verantwortlichkeit am Rike tritt heute zu einer Besprechung zusammen. Wahrscheinlich werden in dieser Sitzung auch gleichzeitig die Antworten auf die Briefe von Beilmann Hollweg, Hindenburg usw. festgesetzt werden.

Der Beschluß zur Aburteilung Wilhelms II.

Genf, 16. Juli. Am französischen Kammerauschuß teilte Abram am Montag offiziell den Beschluß der Mitglieder auf Bestrafung Wilhelms II. und der schuldigen deutschen Generale mit.

Der erste Gefangenentransport.

Berlin, 14. Juli. Wie aus Versailles gemeldet wird, verläßt am 30. d. M. der erste deutsche Kriegsgefangentransport in Stärke von 3000 Mann das Gefangenlager bei Reims.

Offizielle Anerkennung der deutschen Republik durch England.

Berlin, 17. Juli. Die Londoner "Daily Mail" meldet, daß die offizielle Anerkennung der neuen deutschen Staatsform in der Sitzung des englischen Kabinetts vom 14. Juli beschlossen worden ist.

Verkaufung der Elektrizitätswerte.

Weimar, 15. Juli. Das Kabinet hat nunmehr den Gesetzentwurf über die Sozialisierung der Energiequellen angenommen. Es steht die Verkaufung der Krafterzeugungsmittel bevor und umfaßt alle Leistungsmittel von über 5000 Volt Spannung sowie alle Werke, die über 500 Kilowattstunden erzeugen und sich in privatem Besitz befinden. Das Gesetz sieht auch Verkaufung der bereits in öffentlichem Besitz befindlichen Werke vor. Das betrifft hauptsächlich die städtischen Staaten, namentlich Bayern, wo bekanntlich die Ausnutzung der Wasserkraft in weitgehendem Maße erfolgt ist. Bei Uebernahme wird eine angemessene Entschädigung gewährt. Regierungen dürfen nur noch durch das Reich erfolgen.

Das Urteil im Kollerprozess.

München, 16. Juli. Das Landgericht verurteilte den ledigen Studenten Ernst Koller wegen Hochverrats zu der gesetzlichen Mindeststrafe von fünf Jahren Zuchthaus.

Der Prozess gegen Dr. Neunath.

München, 16. Juli. Für die strafrechtliche Verhandlung gegen Dr. Neunath aus Wien wurde als Termin der 22. Juli angelegt. — Der an der schärfsten Grenze behaftete Kommunist Seidel, dem bekanntlich die Hauptrolle an der Erschießung der Geiseln im Auinipolysinnium beigemessen wird, hat bei seiner Vernehmung angegeben, daß Seidel auch in der Nacht der Ermordung der Geiseln im Auinipolysinnium anwesend gewesen sei. Er sucht die Hauptrolle für die Ermordung außer auf Engelhofer auf Seidel und Levin zu schieben.

Das Urteil im Prozess Wilhelm lautet: Kommunistenführer Schriftsteller Erich Mühsam aus Berlin wird unter Zuhilfenahme der Umstände wegen Hochverrats zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Dem von der Volksherrschaft zu den Kommunisten übergegangen, von Reichsanwalt Dr. Wobler, früheren Wohnungsminister der Weimerepublik, wurden mit der Umstände wegen christlicher Gesinnung verjagt. Er erhielt acht Jahre Zuchthaus.

Die Feststellung der unehelichen Kinder.

Die Rechtsstellung der unehelichen Kinder bildete das Thema einer Sitzung aller weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung, in der zu einem gemeinsam einzubringenden Gesetzentwurf Stellung genommen wird. Man beabsichtigt, in dem Gesetzentwurf das Erbschaftsrecht der unehelichen Kinder so zu regeln, daß sie mit den ehelichen auf gleichem Boden stehen. Außerdem soll das uneheliche Kind künftig in allen Fällen den Namen des Vaters tragen können. Damit sollen Bestimmungen über die Muttergehilfen für Sorge usw. vernichtet werden.

Monopolisierung der Zündholzinindustrie.

Weimar, 17. Juli. Die sozialdemokratischen Vertreter der dritten Steuerkommission haben, wie wir erfahren, beantragt, an Stelle der Zündholzinindustrie die Monopolisierung der Zündholzinindustrie treten zu lassen. Sie haben von der Regierung Unterlagen zur Beurteilung der Frage verlangt.

Einfuhr von Kaffee.

Der Hamburger Kaffee-Einfuhrverein gibt bekannt, daß Anträge auf Bewilligung der Einfuhr von Kaffee jetzt in beschränktem Umfang Berücksichtigung finden können, sofern die Preise den Weltmarktwerten angemessen sind. Anträge dieser Art werden berücksichtigt, solche mit einjähriger Zahlungsfrist bevorzugt.

Bern, 16. Juli. Bei dem am Sonntag beginnenden Generalkongress in Zollikon, zu dem übrigens die bürgerliche Presse weitere Nachrichten über Nichtteilnahme kleinerer Gruppen bringt, soll laut "Anoni" in ganz Italien eine Tagesordnung der Arbeiterparteien angenommen werden, in der der russischen und ungarischen Republik große Entlohnung und

Einstellung jeder militärischen Operation gegen diese beiden Republiken verlangt wird.

Provinz und Nachbarstaaten.

Leuchern, den 18. Juli 1919.

»Kriegsgefangenenheimkehr.« Einmal nach langer Rücksicht, soll auch unseren gelungnen Brüdern ihr Freiheitskämpflein schlingen. Wieviel Schwere haben diese Armeen erdulden müssen, zumal sie in den letzten langen Monaten völlig der Willkür ihrer Feinde preisgegeben waren. Wie mögen jetzt ihre Herzen höher schlagen, in dem Gedanken, nun bald ihre Lieben und ihre Heimat wiederzusehen. Nun ist es an uns, ihnen einen würdigen Empfang zu bereiten, damit sie sehen, daß wir sie in ihren Leidestagen nicht vergessen haben. Wir bitten deshalb die Einwohner von Leuchern und Umgebung, »Schmidt Cure Käufer mit Blumen, Kränzen und Johnen«. Herr Inspektor Walter hat in dankenswerter Weise gestattet, zu diesem Zwecke Raub aus dem Ritzergutlosh zu holen. Wer von diesem Entgegenkommen Gebrauch machen will, möge sich mit dem Grenzjäger, Herrn Epieme in Verbindung setzen. Jeden Tag können einzelne, oder kleinere Trupps von Gelangenen eintreffen. Aber auch finanziell muß geholfen werden und dazu gehört Geld. In Leuchern ist dieser guten Sache immer noch recht wenig Interesse entgegengebracht worden. Wenn wir so ganz hinter anderen Orten zurückbleiben? Besten in letzter Stunde, richten wir nochmals die herzlichste Bitte an alle Einwohner, ihr Gerechtigkeit zu dieser guten Sache beizusteuern. In nächster Zeit findet hier in Leuchern, im Verein mit den Kriegsbeschädigtenbund, eine Veranstaltung statt, wozu der Verein Fibelio in liebenswerter Weise seine theatralischen Künste zur Verfügung stellt. Alle aus dieser Veranstaltung erzielten Reinerträge kommen ungekürzt nur den hiesigen Gefangenen zu gute. In den nächsten Tagen werden Angehörige von Gefangenen mit den Kartenverkauf beginnen und es wäre zu wünschen, daß an keiner Türe vergebens angelockt würde. Als Näheres bringen noch die Tageszeitungen. Als nochmals, denkt an unsre gelungnen Brüder und — helfst.

— Vorausschickliche Witterung am 19. Juli 1919. Bestenbe, wolkig, mäßig war, nirgends nennenswerte Niederschläge.

»Wehr Brot?« Die durch die Presse gegangene Meldung, der Ausgangspunkt dieser Meldung ist in der "Dtsch. Allg. Ztg." zu finden, daß vom 1. Oktober an eine Erhöhung der Brotration eintreten wird, ist in dieser Form nicht zureichend. In den Verhandlungen des Ausschusses in Weimar konnten bestimmte Zugaben in dieser Hinsicht noch nicht gegeben werden. Die Möglichkeit, vom Oktober ab mehr Brot zur Verfügung zu bringen, hängt vom Ausfall und der Auswahrscheinlichkeit der Ernte und vor allem von der Befähigung der Getreideernte ab. Faktoren, die durch zahlreiche Umstände, wie Gestaltung unerer Valuta, Kohlenförderung usw., entscheidend beeinflusst werden. Nicht zuletzt werden die Witterungen des Landarbeiters freigegeben sein, die Hoffnungen auf eine Erhöhung der Brotration zu vernichten.

— Der hiesigen Sportvereinigung ist es nochmals gelungen, die Aufhebung des Spielverbots zu erwirken. Es treffen sich am Sonntag um 2 Uhr Viktoria OS Leipzig 1b-Mannschaft und die 1. Mannschaft der hiesigen Sportvereinigung. Da Viktoria aber gute Kräfte verliert, dürfte es für Jeden interessant sein, diesem Spiele beizuwohnen.

»Eine Gefährliche Witterung.« Gestern Abend gönnte ich mir das Schauspiel "Freiwild Weiss" im Norddeutschen Hof. Das Schauspiel als solches hat seine Fehler, auf die einzugehen nicht Zweck dieser Zeilen ist. Ganz will ich aber hier feststellen. Das Verhalten eines Teiles des Publikums. Das Gesampiel wie auch die Einstellungen der Spieler waren sehr gut. Am Ende des 2. Aktes dieler Fraulein Valenta Mühlberger als Gertrud mit viel Geschick eine dramatische Szene. Nachdem sie den Erdboden niedergeschlagen gibt sie mit aller künstlerischen Freiheit ein Zeugnis über ihre Tat wieder. Aus der Tiefe eines verzweifelten Gemütes schien der Schrei "Mord!" zu kommen.

Die meisten Zuschauer waren in Spannung geraten. Das meiste Spiel hatte sie mitgesehen. Nur ein geringer Teil aber lachte. Kommt lachen! Warum gelacht wurde und wie die paar Leute es fertig brachten, an den entscheidenden Stellen bei dem Spiel noch zu lachen, verstanden die meisten nicht. Darum wohl herrliche über diese Gefährlichkeit allgemeine Empfehlung. Was muß geboten werden, um solche gefährlichen Leute zu fesseln?

Leipzig, 12. Juli. In den späten Abendstunden wurde heute nach fünfjähriger Verhandlung vom Landgericht Leipzig das Urteil gegen die beiden Leipziger Stadtverordneten Schels und Krug gefällt. Beide hatten am 5. März 1919 im Auftrage des Arbeiters- und Soldatenrates während des Leipziger Generalkongress vom Oberbürgermeister Dr. Vothe die Auszahlung von etwa 400 000 Mark fälschliche Gelderzergungen, um die Mittel zur Durchführung des Streiks zu erhalten, wobei Angeklagten wurden wegen gemeinsamer Mithilfe zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

Koburg, 15. Juli. Die Landesversammlung für den freireichlichen Koburg genehmigte einstimmig die Abfindung des Herzogs. Er erhält zum Eigentum seinen historischen Sammelwerk, das Schloss Kallenberg, mit Gut und Hof, das Schloßliche Hofhof und die Weiderei Wolkenau; ferner einmässig 1/2 Millionen Mark bar und Wohnungsrecht auf Lebenszeit auf der Feste Koburg.

Halle, 16. Juli. Die Vertikung der Deutschen demokratischen Partei. Der Bezirksverband für den 13. Reichswahlkreis (Kp.-Bez. Merzbürg) hielt am Sonntag seinen zweiten ordentlichen Bezirksparteitag in Halle ab, der von Vertretern aller Organisationen zahlreich besucht war. Der erste Vorsitzende, Abg. Dehns, begrüßte in herzlichem Worten die Teilnehmer und erläuterte den Geschäftsbericht. Für den Verband sind drei Parteiführer im Hauptberuf und zwei im Nebenamt tätig. Die Geschäfts des Bezirksverbandes führt Generalsekretär Dr. Dornbirt, der Schriftmeister, Bankier Schwarz erläuterte den Kassenericht. Die an dem Bezirksverband abzuführenden Beiträge wurden mit einer Verkürzung

für diejenigen Kreisorganisationen, die aus eigenen Mitteln Parteiführer usw. unterhalten, in der vorgeschlagenen Höhe genehmigt. Ueber die Bezirksorganisation referierte Stadtverordneter G. Georg. Die Erzeugnisse wurden mit einigen Änderungsanträgen angenommen. Abg. Dr. Ebert sprach über das Parteiprogramm. Die Verammlung spendete den Ausführenden des Bundes, der in lichtvollen Worten die großen wehenden Gedanken und die Ziele der Demokratie bezaubernd darstellte, lebhaften Beifall. In eingehender Weise sprach Abg. Dehns über die Arbeiten der deutschen Nationalversammlung und über die Stellung der demokratischen Fraktionen zu den wichtigsten politischen Tagesfragen. Die feststehenden Entscheidungen des Bundes über die Verhandlungen und Abstimmungen in Weimar nahmen die Aufmerksamkeit der Verammlung völlig in Anspruch. Die Verammlung dankte dem Vortragenden durch einen Beifall. Ebenso gaben die Ausführenden des Abg. Prof. Dr. Adershaben über die Arbeiten der preussischen Nationalversammlung Veranlassung zu kurzen Beifallsbezeugungen. Folgende Entscheidung zu diesen beiden Redatoren fand einstimmige Annahme: Der Bezirksparteitag der Deutschen demokratischen Partei für den Regierungsbezirk Merzbürg spricht nach Beratungen mit Abg. Dehns und Abg. Adershaben sein Einverständnis mit der in Weimar und Berlin getroffenen Politik aus. Der Bezirksparteitag dankt allen demokratischen Vertretern in den Parlamenten und drückt ihnen sein Vertrauen aus. Nach Schluß einiger Anträge und Beschlüssen schloß Abg. Dehns die sehr unruhig verlaufenen und vom dem Geiste freudiger Mitarbeitsbereitschaft getragenen Verhandlungen.

Vermisches.

Clemenceau ermorbet?

Genf, 17. Juli. Hier verbreitete sich heute morgen das unkontrollierbare Gerücht, daß Clemenceau ermorbet worden sei.

Wegen sechsfachen Mordes sechsmal zum Tode verurteilt wurde vom außerordentlichen Kriegsgericht in Münster i. W. der 19jährige Bergmann Josef Ritter, ein geborenes Oesterreicher, aus Brannenburg bei Dortmund. Ritter hatte am 12. April d. J., als er in Menge bei der befreundeten Familie des Weimarschlossers Neumann übernachtete, mit einem Beil zunächst den 16jährigen Sohn Wilhelm erschlagen und ihn, als er noch Lebendigen, an der Türschwelle erhängt, am anderen Morgen Frau Neumann durch zwei Beilhiebe getötet und den bald darauf heimkehrenden Mann der Frau durch einen Revolvergeschuß niedergestreckt. Einem Dienstmädchen, das auf den Fall hin heranzukam, schlug er den Schädel ein. Dann ging er zu den oben schlafenden Kindern und erwürgte erste den 9jährigen Sohn Ernst und dann die 4jährige Tochter Elisabeth. Dem durchsuchte der Mörder sämtliche Schränke und stahl 25 M. Ritter hat die Mißde-Schlacht mitgemacht und will bei dem Mord eine schwere Erschütterung erlitten haben dadurch, daß eine Granate dicht neben ihm einschlug. Die Tat führt er auf einen Wutanfall zurück, weil sein Vater ihn aus dem Haus gewiesen habe. Der Angeklagte wurde wegen Raubmordes, sowie wegen sechsfachen Mordes je nachdem zum Tode verurteilt, unter Anerkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

»Ein neues Erholungsheim für Kriegsblinde.« Herr d. Thüne, die Witwe des früheren Oberpostinspektors des Reiches v. Thüne, in Berlin hat ihre Villa Felsend in Heideberg als Erholungsheim für Kriegsblinde zur Verfügung gestellt. Schon 1916 gründete sie in Berlin ein Kriegsblindenheim.

»Ein Berliner Schüler in Schweden verunglückt.« Beim Baden im Fluße Seggen Dullstofta bei Malmö ist ein zehnjähriger Knabe Paul Werner Erähler aus Berlin ertrunken. Der Knabe gehörte zu jener Gruppe deutscher Kriegsblinder, die in Dullstofta schwedische Badestellen, die geniesig ist.

»Die Heuernte im Norddeutschen ist, wie aus Rand'sberg gemeldet wird, durch große Ueberschwemmung vollständig vernichtet.

»Reim Sammler hinterläßt erschossen wurde der Jäger Rühle vom Güllner Jägerbataillon von seinem Führer E. Kraus, dem Befehliger Symann in Pommern (Kreis Uckermark) in Pommern.

»Große Waldbrände in Frankreich.« Aus Toulouse wird gemeldet: Waldbrände in der Nähe von Narbonne, die eingedammelt sind, sind wieder ausgebrochen, es sind bereits große Waldstrecken zerstört, etwa 300 000 Hektar sollen eingeschädigt sein. Das ganze Tal von Narbonne ist in Gefahr. Es wurden Truppen in die gefährdeten Gegenden geschickt. In Toulouse wird ein Todesgebühren zusammengekauft, um für die Arbeiter verwendet zu werden. Bis jetzt sind drei Soldaten bei den Löscharbeiten ums Leben gekommen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 18. Juli. Der sozialdemokratische Bezirksverband von Groß-Berlin fordert im Vorwärts die Parteigenossen auf, sich in Massen an den Versammlungen am 21. Juli nachmittags 5 Uhr zu beteiligen, in denen gegen den Gewaltfrieden, gegen den Imperialismus und für die allgemeine Wollereverbänderung und für den Klassenkampf (Wirtschaftsleben, nicht im freien sondern in Fesseln demonstriert werden soll. Von allgemeiner Arbeiterkrise wird ausdrücklich Abstand zu nehmen gebeten.

Berlin, 18. Juli. Für die große politische Debatte in Weimar zum nächsten Montag ab, wie berichtet wird, 3 Tage in Aussicht genommen.

Berlin, 18. Juli. Der Anlauf der Groß-Berliner Straßenbahn durch den Zuckerdamm wurde gestern mit rund 120 000 gegen 5000 Stimmen genehmigt.

Berlin, 18. Juli. Die Lage in Stettin war bis gestern abend unverändert. Der Jugverfehr von Berlin nach Stettin und in umgekehrter Richtung erlitt keine Unterbrechung. Der Stettiner Fernverkehr wurde durch die Beamten und Stettiner Lokomotivführer aufrechterhalten.

Berlin, 18. Juli. Wie dem Vol.-Anz. aus Straßburg mitgeteilt wird, wäre gestern nach zägen Verhandlungen ein neuer Landarbeitersvertrag durch beiderseitiges Entgegenkommen abgeschlossen worden.

Für den Sommer:

Waschjoppen

aus besten Baumwoll- und Zellbahn-Stoffen von 25. Mark an.

Waschhosen

gute haltbare Qualitäten aus Drell und anderen Baumwollgeweben.

Leichte schwarze Herren- u. Jünglings-Jakets. Reizende Neuheiten in Knaben-Waschanzügen.

Arbeits- und Berufskleidung wieder in meinen bekannt guten Qualitäten.

Adolf Krause

Weissenfels.

Größtes Spezialhaus f. Herren- u. Knabenbekleidung.

Freiwillige

für

Eisenbahntruppen (Reichswehr).

Einstellung von Angehörigen aller Waffengattungen sowie Ungedienter, die das 17. Lebensjahr vollendet haben.

Handwerker werden bevorzugt.

Löhnung für Unteroffiziere und Mannschaften:

- mobile Löhnung nach Dienstgraden,
- eine Reichswehrlöhne von z. Zt. 5.- Mark,
- Löhnungszuschüsse, soweit sie verheiratet sind.

Zur Einstellung sind erforderlich

- Militärpapiere,
- polizeiliches Führungszeugnis,
- polizeilich beglaubigte Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (bei Minderjährigen).

Meldung und Auskunft:

Werbestelle für Eisenbahntruppen, Magdeburg, Am Sadenburger Tor, Baracke E.

Geschäftshaus Emil Schieke

Zur goldenen Ecke.

Empfehle *billigst* in *grosser Auswahl* **das Neueste in**

Herren- Burschen- und Knabenanzügen, Anzug- und Kostüme, Kleider, Blusen und Voiles

Hemdenbarchend, Hemdentuch, Blandruck Damen- und Kinderhüte jetzt spottbillig.

Vereinigung

der Handwerker und Gewerbetreibenden für Teuchern und Umgegend.

Außerordentliche Generalversammlung am Montag den 28. Juli 1919 abends 8 Uhr im Gasthof zum Löwen.

Tagesordnung:

- Beschlußfassung über die der Vereinigung zu gebenden Statuten und Wahl des Vorstandes.
- Aussprache über die Beteiligung an der Volkshochschule.
- Anfragen.

Der Vorstand.

Reichsbund

der Kriegsbeschädigten u. Hinterbliebenen „Ortsgruppe Teuchern.“

Sonntag den 20. Juli nachm. 4 Uhr im „Grünen Baum“

Monatsversammlung

das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist erwünscht.

Der Vorstand.

Fr. soz. Jugend

Sonabend, d. 19. Juli

abends 8 Uhr

Mitgliederversammlung im Gasthof z. grünen Baum
Bühnenstück: **Die roten Schuhe** ist notwendig.

Der Vorstand.

4-Jöcher Sackwagen gut im Zustand, verkauft

W. Sack.

Teuchern Schützenplatz (Gemüthliche Ecke)

W. Villes Kunstfiguren Theater.

Achtung!

Donnerstag abends 8 Uhr **Matthias Klostermeier** genannt

der bayrische Dieb. Volkschampe in 8 Aufzügen. Eintritt zu diesem Stück 1 Mk.

Sonabend, den 19. Juli abends 8 Uhr

Der 66jährige Bräutigam.

Lustspiel in 3 Akten.

Hierzu ein Nachspiel in 2 Akten Sonntag den 20. Juli abends 8 Uhr

Der Bandit

Nur einen Tag im Monat. Lustspiel in 5 Akten. Nachm. 4 Uhr

Familien- und Kindervorstellung. Soldat u. Wanderer

Lustspiel in 5 Akten.

Eintritt: 50 Pf. Kinder die Hälfte. Es laßt freundlich ein

W. Villes.

In grosser Freude geben wir die glückliche Heimkehr unseres lieben Sohnes und Bruders

Walter

hierdurch bekannt.

Friedrich Borger

und Frau.

Ihre Verlobung geben bekannt

Helene Borger

Alfred Stöbe

Größen Leipzig, Neust. am 20. 7. 1919.

Für die vielen Geschenke und Gratulationen anlässlich unserer Vermählung sagen wir nochmals innigsten Dank.

Hermann Naumann

u. Frau Frida geb Meinhardt.

Dank.

Für die überaus innige Teilnahme sowie die überaus reichlichen Kranz- und Geldspenden beim Tode und Begräbnis meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Tochter sagen wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank. Dank auch denen, die sie zur letzten Ruhestätte trugen. Dies alles hat unsern Herzen wohlgetan.

Teuchern, d. 18. 7. 19.

Der trauernde Gatte nebst Kindern und allen Hinterbliebenen

Paul Pätzold.

Familien A. Hininger, Pfeiffer u. Verwandte.

Aufruf!

Die Rädler unserer Kriegsgefangenen steht unmittelbar bevor, mit dem Eintreffen einzelner oder ganzer Trupps aus den Durchgangslagern kann täglich gerechnet werden.

Ihnen einen lieb- u. n. und würdevoll Empfang zu bereiten ist Zweck und Aufgabe des Volksbundes der Kriegs- und Zivilgefangenen resp. dessen Ortsgruppen.

Der, aus Vertretern von Völkern, Organisationen und Vereinen bestehende Ausschuss hat seit seiner Beschlusse in der Form Besonderen Ende, Herrn Bäckmeister Hellmuth, Teuchern. Die Geschäftsstelle des Ausschusses befindet sich in der polizeilichen Anstalt, gibt ihnen u. bezugsnehmend für die erste Woche aus, verleiht und bewirkt Heimreise und Durchreise. Sie erteilt Auskunft über Erlangung von Arbeitsgelegenheit und von Unterstützung für Kriegsbeschädigte usw.

Damit ist aber nicht alles gesehen.

Wir richten deshalb an unsere Mitglieder die dringende Bitte: Helft mit beim Empfang unserer Kriegsgefangenen, Schickel die Häuser und Straßen mit Blumen, Kränzen und hochherzigem Empfangen aus Euren Gärten, damit jeder Heimkehrer sein Sträubchen als erste Willkommengruß in seiner Heimatstadt Teuchern erhält. Stützt die Angehörigen, wie Frauen, Kinder, Töchter, Tanten, Schwestern, Nichten, Neider, die die Not und Lust habt, Heimatlose eine Tag ins Quartier zu nehmen; Ihr erfüllt damit die hohe Pflicht, denen A. räumen in der ersten Tagen nach ihrer Ankunft durch Aufnahme in die Familie die fehlende Heimat zu ersetzen.

Alles: Auskunft jederzeit bei oben genannten Geschäftsstellen. Dort Abgabe von Liebesgaben, Entgegennahme von Anmeldungen.

Volksb. z. Schicks Kriegs- u. Zivilgefangener Ortsgruppe Teuchern.

Konsum-Verein Hohenmölsen-Teuchern

e. G. mit beschränkter Haftpflicht zu Hohenmölsen.

Sonntag, den 17. August er. nachmittags 3 Uhr im „Schützensaal“ zu Hohenmölsen

GENERAL-VERSAMMLUNG.

Tagesordnung:

- Bericht pro 3. Vierteljahr 1918/1919.
- Bericht über den Genossenschafts- und Generalversammlung der G. e. G. in Hamburg.
- Wahl dreier Aufsichtsratsmitglieder.
- Beschlussfassung über Errichtung einer Verkaufsstelle in Naundorf
- Geschäftliches.

Hohenmölsen, den 15. Juli 1919.

Der Aufsichtsrat

des Konsum-Vereins Hohenmölsen-Teuchern e. G. m. b. H. zu Hohenmölsen.

Robert Zimmermann, stellv. rtr. Vorsitzender.

N. B. Anträge zu der Generalversammlung sind gemäß der Bestimmungen in § 35 des Statuts und so rechtzeitig einzureichen, damit dieselben noch 3 Tage vor der Versammlung öffentlich bekanntgegeben werden können.

Achtung Sportplatz Sonntag den 20. Juli, nachmittags 2 Uhr

Fussball-Weltspiel

Viktoria 1b Leipzig gegen Sportvereinigung 1 Teuchern.

Lichtspiele „Weiße Wand“

Sonabend den 19. und Sonntag, den 20. Juli

Der Riesensfilm:

Das Dreimäderlhaus.

Nach der gleichnamigen Operette als Drama in 5 Akten.

In allen Sälen mit bestem Erfolg gesehen.

Veräume niemand dieses herrliche Werk.

Hier noch nie gesehen.

Um recht zahlreichen Besuch bitten

W. Hahn.

Teuchern.

Achtung Teuchern Achtung

Sonabend und Sonntag, den 19. und 20. Juli

laden zur letzten großen

Karussellfahrt

auf dem Schützenplatz ein

Die Besitzer: Schmidt u. Simula.

Verantwortung, Druck und Verlag von Otto Bieseritz Teuchern.

Wöchentliches Anzeiger

für Teubern



und Umgegend

Verlagsort: Die Hauptredaktion, Poststraße 20, Reichshalle 20 D.

Verlagsort: Die Hauptredaktion, Poststraße 20, Reichshalle 20 D.

Verlagsort: Die Hauptredaktion, Poststraße 20, Reichshalle 20 D.

Verlagsort: Die Hauptredaktion, Poststraße 20, Reichshalle 20 D.

Verlagsort: Die Hauptredaktion, Poststraße 20, Reichshalle 20 D.

Amliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teubern.

Nr. 84.

Samstag, den 19. Juli 1919.

58. Jahrgang.

Der Lage. Die Landarbeiterbewegung.

Verhandlungen im Landarbeiterkreis.
Die Verhandlung der durch den Ausschuss der Bürgervereine eingeleiteten Verhandlung der Lage in Straßburg trat in Berlin eine Abordnung des Straßburger Ausschusses in Begleitung von Vertretern der Bürger- und Arbeitervereine ein, um beim Reichswehrminister die Aufhebung des Belagerungszustandes für Straßburg zu erwirken.
Da der Reichswehrminister noch nicht wieder in Berlin eingetroffen ist (er weilt in Hamburg), besog sich die Deputation nach dem Abgeordnetenhaus, wo Unterstaatssekretär Götze den Bericht entgegennahm.
Nach Rücksprache mit dem Vizepräsidenten kam man im Ministerium zu dem Beschluß, daß der gesamte Straßburger Kreis nur in Straßburg verhandelt werden könne, da dort alles Material vorliege und alle Fragen auch des Landarbeiterkreises zusammenzufassen. Die Straßburger Kommission wurde ersucht, sich sofort mit den Kreisvertretern nach Straßburg zu begeben, wo in Gegenwart des Vizepräsidenten, des Kommandierenden Generals v. Drenn und aller in Betracht kommenden Stellen verhandelt werden soll. Für die Regierung nehmen Unterstaatssekretär Meyer aus dem Ministerium des Innern und Unterstaatssekretär Krzywicki aus dem Kriegsministerium an den Verhandlungen teil. Es wurde der Kommission zugestimmt, daß die Verhandlungen vorbestimmt werden, daß nach Donnerstagabend eine Beilegung des Konflikts erzielt werden könne.

Verhandlungen des Landarbeiterkreises im Kreis Straßburg.

Der Streik der 2000 Landarbeiter im Kreise Straßburg ist durch Bemittlung des Reichsministers beendet worden. Beide Parteien haben Entgegenkommen gezeigt.

Generalstreik in Berlin

Der erste Tag des Generalstreiks ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Nur einige Warenhäuser und Geschäfte in Berlin wurden gezwungen, zu schließen, ebenso die Restaurants und großen Cafés. An den Straßen bildeten sich lange Ketten von wasserbelebten Placards. In eine sehr ruhige Stimmung hat die Sanftmütigkeit der Demonstranten, da die Schiffe an der Ausfahrt beschlagnahmt wurden und die Leute in der Stadt bleiben mußten. Wie Wolffs Büro erzählt, ist die Beilegung des Belagerungszustandes ohne Wissen des Vizepräsidenten geschehen. Im Falle Franzburg kam es bei dem Landarbeiterausschuss zu Unruhen. Darauf wurde von Regierungskommissaren in Straßburg vom Generalkommando die Beilegung des Belagerungszustandes für diesen Bezirk erbeten. Das Generalkommando nahm jedoch an, daß der Belagerungszustand für Straßburg allein nicht genügen würde, und beschloß ihn deshalb auch über die anderen Bezirke.

Die Beamten der Reichlichen Elektrizitätswerke in Straßburg haben sich den Streik fortzusetzen, jedoch die Arbeit im Gas, Wasser- und Elektrizitätswesen wieder aufnehmen. Trotzdem arbeiten diese wichtigen Betriebe am Donnerstag nicht, insofern hat sich die Lage noch verschärft, da inzwischen die Arbeiter in den Gegenstreik getreten sind. Die Entschädigung liegt immer noch in Berlin. Auch die Eisenbahn war befehlen, in den Streik zu treten. Es sollen nur einige Lebensmitteltransporte fortgeführt werden, dagegen soll der übrige Güter- und Personenverkehr ausbleiben. Am Donnerstag ging der Eisenbahnverkehr nur weiter.

Nur Ausführung des Friedensvertrages.

Erklärung des Premierministers über die Friedensbedingungen und Friedensbedingungen.

Wie die „Frankfurter Ztg.“ der englischen Presse mitteilt, haben Wilson, Clemenceau und Lloyd George am 16. Juni folgende, erst jetzt veröffentlichte Erklärung abgegeben: Da die Forderungen der Entschädigung verhängnisvoll sind, so haben die alliierten und assoziierten Mächte in Artikel 431 bestimmt, daß, wenn vor dem Ende der 15-jährigen Zeitfrist Deutschland alle seine Verpflichtungen, die ihm der Vertrag auferlegt, erfüllt haben sollte, die Befreiungsbedingungen sofort zur Anwendung zu kommen. In dem Befreiungsvertrag der Entschädigungssumme zu mildern, willigen sie jetzt der Erfüllung ein, daß, sobald die interessierten alliierten und assoziierten Mächte davon überzeugt sind, daß die Bedingungen für die Entschädigung Deutschlands in zufriedenstellender Weise erfüllt worden sind, die von Deutschland zur Befreiung der Befreiungssumme zu zahlende Summe nicht 240 Millionen Mark in Gold übersteigen werde.

Waffen gegen die Danziger Lösung.

Ant Unferdamer „Zeitung“ erklärte Wilson in seiner Rede u. a. noch, es genüge nicht, Frieden zu schließen. Wegen, wie das Saargebiet, hätten nicht einer zeitweiligen Verwaltung unterstellt werden können, die nicht zugleich in der Praxis die Übertragung der Souveränität in sich schloße. Ein Staat die Danzig hätte nicht in Lebensgerufen werden sollen. Andere Fragen hätten keine befriedigende Lösung finden können, und die Deutschland auferlegten Bedingungen hätten die gegenseitigen Bürgerrechte bezüglich der Arbeitsbedingungen während unendlich gewesen sein ohne den Bürgerbund.

Freier Handel mit Amerika.

Die amerikanische Regierung teilt mit, daß der freie Handelsverkehr mit Deutschland wieder erlaubt ist und nur in einigen Punkten beschränkt bleibt, und zwar in der Einfuhr von Zucker, Getreide, Kartoffeln, Getreide, Metallen und Chemikalien.

Recherche über die Amerikaner.

Das Washington wird gemeldet: Der Generalkonferenz gibt bekannt, daß der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland wieder auf der Grundlage aufgenommen wird, die dem Vertrag mit



Der Reichstag hat die Entschädigungssumme über die letzten Punkte zu überlegen haben, bevor sie dem Gesetz über das Reichsnotopfer endgültig zustimmt.

Die letzte Kriegsszene.

„Die letzte Kriegsszene“ Hindenburg und Ludendorff sagten: „Einer bleibt, wenn in der letzten Stunde die Herren nicht verlangen.“ Der englische Premierminister Lloyd George antwortet: „Sieger bleibt, wer zuletzt noch stehen kann.“ Wir haben weder die Herren, noch das Korn verloren, noch aber das wichtige Augenmaß für die Beurteilung der Gegner. Die Annahme, es sei alles gut, wenn der Kaiser abdante und die Weisheit erklärt werde, war falsch. Unerschlechten bleibt, wie lange die Entente noch hätte anhalten können, wenn wir fest gehalten wären. Wichtig heißt ist der Ausbruch des österreichischen Feldmarschalls Conrad von Höbenorff, die italienische Offensive wäre zusammengebrochen, wenn die österreichische Armee noch 14 Tage länger angeschoben hätte. Könnten die Italiener nicht mehr, so wäre die Rückführung auf den westlichen Kriegsschauplatz nicht ausgeschlossen. Noch vier Wochen, und vielleicht hätte ein ebenbürtiger Stillstand, wenn auch nicht der Sieg, geklärt. (**)

Berlin.

Die mehrheitspolitischen Mitglieder des Großdeutschen Volksrates sind aus ihm ausgeschieden; sie wollen gemeinsam mit den Demokraten einen neuen Volksrat bilden.

Erzür.

Der Staatsrat von Großfürstinnen teilt in dem Bericht über seine am 14. und 15. Juli in Weimar abgehaltene erste Sitzung mit, daß Schritte eingeleitet sind, um mit Preußen zu einem Einvernehmen zu kommen.

Während der spanischen Regierung. Nachdem in den Cortes eine Abstimmung über Unregelmäßigkeiten bei den letzten Wahlen zu Ungunsten der Regierung ausgefallen ist, ist die Regierung zurückgetreten. Nach einer Meldung der Londoner „Times“ hat der König die Demission des Ministerrats Mar a u a angenommen und Dato zu sich entboten.

Arguing. Die Stadt Straßburg (an der Spitze Straßburg von Straßburg) wird von den Straßburgern (an der Spitze Straßburg von Straßburg)...

London. Ein deutscher Gelangener wurde von einem Soldaten des 1. Infanterie-Regiments erschossen. Es berichtet, daß der Gelangene einen Briefkasten gegen den Boden geworfen hatte.
London. 150 000 Bergarbeiter von West- und Ost-England haben sich in den Verhandlungen, die mit den Bergwerksbesitzern über die Entschädigung der Arbeitskommission geführt wurden, die Arbeit niedergelagt.

Deutsche Nationalversammlung.

Beimar, 17. Juli.

Verhandlung der Verfassungsfrage.

Bei Fortsetzung der Beratung der Verfassungsvorlage wurde zunächst in Bezug auf die Ehe (Art. 148) nach dem Antrag der demokratischen Partei beschlossen: Die Ehe hängt unter dem Schutz der Verfassung, die Mutterkraft hat Anspruch auf Gehalt und die Fürsorge des Staates. (Die Vorlage sagt über die Mutterkraft nichts.) In Bezug auf die unehelichen Kinder wurde der Antrag der Unabhängigen, daß die Mutter des unehelichen Kindes den Anspruch hat, auch im amtlichen Register als Frau bezeichnet zu werden, durch Ausschüttung mit 136 gegen 133 Stimmen angenommen. Ferner fand Annahme der Antrag der Demokraten: Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern. Gleichfalls auf Antrag der Demokraten wurde die Bestimmung über die Förderung der Familie in folgenden Worten angenommen: Die Bestimmung und soziale Förderung der Familie ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden. Kinderreiche Familien haben Anspruch auf ausreichende Hilfen.

Außerdem wurde die vom Ausschuss beantragte Entschädigung angenommen, einen Gehaltentwurf vorzuschlagen, der die rechtliche und soziale Stellung des unehelichen Kindes in dem beschlossenen Sinne neu regelt. Die übrigen Anträge wurden abgelehnt.

Art. 120 bestimmt: Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen fälschliche, geistige sowie körperliche Ermächtigung zu schützen. Die Kinder haben die erforderlichen Maßnahmen zu treffen. Fürsorgegesetzen im Wege des Zwanges können nur auf Grund des Gesetzes angeordnet werden. Nach kurzer Debatte wurde dieser Artikel mit der Abänderung nach dem Antrag Agnes (H. S.), daß Staat und Gemeinde, nicht die Kinder, die zum Schutz der Jugend erforderlichen Einrichtungen treffen sollen, angenommen. Alle weiteren Anträge wurden abgelehnt.

Art. 121 gibt allen Deutschen das Recht, sich ohne Annahme und besondere Erlaubnis friedlich und unbewaffnet zu versammeln; nur Versammlungen unter freiem Himmel können nach einem zu erwerbenden Polizeigesetz anmeldungspflichtig gemacht werden. Der Artikel wurde in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Art. 127 regelt die Anstellung der Beamten, die im allgemeinen auf Lebenszeit erfolgt. Für Ausnahmefälle ist gesetzliche Regelung vorbehalten. Die wahlberechtigten Rechte der Beamten sind unberührt, für ihre wahlberechtigten Angehörigen steht der Rechtsweg offen. Nur unter den gesetzlich bestimmten Voraussetzungen und Formen können sie entlassen oder versetzt werden. Wegen disziplinarer Erfassungen sind Bestimmungen möglich. Der Beamte muß Gelegenheit erhalten, seine Personalurteile einzulegen. Die gleichen Bestimmungen gelten auch für die Berufsjuden.

Art. 128 bestimmt, daß die Beamten Diener der Staatlichkeit, nicht ihrer Partei seien, und daß ihnen die Freiheit ihrer politischen Meinung und die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird.

Die Anträge gegen die Bestimmungen, die die getrennten Bestimmungen betreffend Straßburg, den Antrag Frau Zuchacz (G.) vor: „Alle Ausnahmestimmungen gegen weibliche Beamte werden beseitigt.“

Nach längerer Aussprache wurde dieser Antrag angenommen, ebenso die Bestimmung, daß der Beamten die Entlastung in ihre Personalurteile zu gewähren ist. Ferner wurde auf Antrag Frau Zuchacz ein Art. 128 a angenommen: Verletzt ein Beamter die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so trifft die Verantwortung grundsätzlich das Reich, die Länder, die Gemeinden oder andere Kommunalverbände, in deren Dienst der Beamte steht. Der Ausschuss gegen die Beamten bleibt bestehen. Der Beschluß der Sitzung, die von 1/2 Uhr auf 1/4 Uhr vertagt wurde, gelangte dann noch eine Entschädigung des Ausschusses zur Annahme, die Rechte der Reichstagsbeamten gesetzlich zu regeln.

Die Fürsorge für unsere Kriegsgefangenen.

Beimar, 15. Juli. Lieber die Vorbereitungen für die Rückkehr der deutschen Kriegsgefangenen führt der sozialdemokratische Abgeordnete Eickler in einem längeren Vortrag u. a. folgendes aus:
Mittels transport von deutschen Kriegsgefangenen haben bisher abgesehen von einem kleinen Transport der im Saar-